Nr. 160 — 9. Jahrgang

Sonnabend den 16. Juli 1910

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Ausgabe A.: Mit „Die Zeit in Wort und Bild" vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.

Ausgabe B.: Ohne illustrierte Beilage vierteljährlich 1,80 M. In Dresden d. Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M. — Einzel-Nr. 10 ₰. — Zeitungspreisl. Nr. 6558.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 15 ₰, Reklamen mit 50 ₰ die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher 1366

Für Rückgabe unverlangt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Erfrischend und labend
Dredo-Eisbeeren
¼ Pfund 15 Pfennige.
Gerling & Rockstroh, Dresden.
Niederlagen in allen Stadtteilen. 1415

Filialen in allen Stadtteilen
Paul Märksch, Dresden
Kunstfärberei und chemische Wäscherei
Hoflieferant Ihrer Kgl. Hoheit Prinz. Mathilde, Herzogin v. Sachsen
Dresden, Fernsprecher Nr. 2641, 3932, 4820, 2456, 3878, 4783, 696.

Die Hetze gegen die Enzyklika.

Wien, den 15. Juli 1910.

Kaum hat sich in Deutschland die wüste Hetze gegen die Borromäus-Enzyklika, die von seiten des Evangelischen Bundes inszeniert worden war, einigermaßen gelegt und sich nur auf die Ortsgruppenversammlungen des Evangelischen Bundes zurückgezogen, so beginnt man bei uns in Oesterreich-Ungarn mit einer ähnlichen Bewegung. In Ungarn bildet den Stein des Anstoßes die Veröffentlichung der Enzyklika durch den Erzbischof von Kalocsa. Das Merkwürdige hierbei ist aber der Umstand, daß diese Veröffentlichung bereits am 9. Juni, also vor mehr als Monatsfrist geschehen ist, während die angebliche Erregung der Bevölkerung, der Entrüstungssturm gegen dieses Vorgehen des Erzbischofs erst heute, nach fünf Wochen, losbricht.

Aus diesem Beispiele sieht man deutlich genug, wie eine solche „Erbitterung aller Kreise der Bevölkerung" gemacht wird. In Ungarn scheint zwischen dieser Hetze gegen die Enzyklika und dem Geiste der nunmehrigen Regierung und Parlamentsmehrheit ein innerer Zusammenhang zu bestehen. Daraus ließe sich auch erklären, daß erst jetzt der Sturm in der freimaurerischen und jüdischen Presse gegen die im Beginn der Wahlen veröffentlichte Enzyklika losbrach. Damals war man ja noch nicht sicher des Sieges und wollte daher die Katholiken Ungarns nicht vor den Kopf stoßen und rechtzeitig die Maske lüften. Nunmehr sieht sich aber die liberale und freimaurerische Regierung Ungarns gesichert und deshalb geht der Sturm gegen die katholische Bevölkerung erst jetzt los.

Auch Oesterreich hat nunmehr seine Enzyklikahetze erhalten, weil Erzbischof-Koadjutor Dr. Nagl die Borromäus-Enzyklika in lateinischer Sprache im Wiener Diözesanblatte, dem amtlichen Organe des fürsterzbischöflichen Ordinariates, abzudrucken sich erkühnte. Nun fällt die ganze jüdische Preßmente über den Erzbischof-Koadjutor her, faselt von einer Erbitterung aller Kreise der Bevölkerung über diese Veröffentlichung, von einer schweren Verletzung der Empfindungen der österreichischen Protestanten, wodurch das bisherige friedliche Nebeneinanderleben der verschiedenen christlichen Konfessionen sehr gefährdet wird. Wie lächerlich und wie heuchlerisch diese Auslassungen der jüdischen Presse sind, das beweist zunächst der Umstand, daß man bereits von einer Erbitterung und Erregung der Bevölkerung sprach, bevor diese noch eine Ahnung von der Veröffentlichung der Enzyklika zu haben vermochte, andererseits aber von eben derselben Presse, die sich nun über die Verletzung der Gefühle der Protestanten aufs tiefste entrüstet, noch nie ein Wort des abfälligen Urteiles, geschweige denn der tiefen Entrüstung gefunden wurde, wenn die Katholiken, die katholische Kirche oder ihre Einrichtungen von den Gegnern derselben aufs niederträchtigste verhöhnt, besudelt und in den Kot gezerrt wurden. Im Gegenteile, eben dieselbe Presse, die jetzt um den konfessionellen Frieden und das friedliche Nebeneinanderleben der einzelnen christlichen Konfessionen in unserem Vaterlande so besorgt ist, hat jederzeit den Los-von-Rom-Agitatoren, den Hetzaposteln des Evangelischen Bundes und anderen Verleumdern und Beschimpfern der katholischen Kirche ihre Spalten weit geöffnet und so die konfessionelle Verhetzung der Bevölkerung durch die eingewanderten Abfallspastoren und ihre Helfershelfer aufs eifrigste gefördert. Nun aber, da der Oberhirt der österreichischen Katholiken, die doch mehr als 90 Prozent der Gesamtbevölkerung der Monarchie ausmachen, eine von dem Oberhaupte der katholischen Kirche ausgegebene Kundgebung im Urtexte veröffentlicht, ist dies für diese Presse eine freche Herausforderung eines streitbaren Bischofs. Wir sind der Meinung, daß die Katholiken Oesterreichs sich von dieser Presse bereits viel zu lange und viel zu viel haben bieten lassen und es nun einmal höchste Zeit wäre, dieser Presse und ihren Hintermännern zu zeigen, daß Oesterreich ein katholischer Staat ist und daß es sich die Katholiken Oesterreichs nicht mehr gefallen lassen werden, daß man auf ihre Kosten die Verhetzung der Bevölkerung betreibe.

Religiöse Unduldsamkeit in der „freien" Schweiz.

Zur Zeit der Aufpeitschung der konfessionellen Leidenschaften wegen der Enzyklika hat man in der protestantischen Presse viel von der katholischen Intoleranz gelesen. Es dürfte daher gewiß angezeigt sein, den Herren, die sich stets über die Unduldsamkeit der katholischen Kirche und der katholischen Bevölkerung beschweren, einige Beispiele protestantischer Duldsamkeit vorzuführen. Ein katholischer Familienvater, der längere Zeit in Zürich gelebt hat, teilt uns nun über die dort herrschende Bedrückung der Katholiken folgendes mit:

In Zürich, der größten Stadt der Schweiz, leben bekanntlich sehr viele Katholiken. Man kann ruhig sagen, daß nahezu ein Drittel der Bevölkerung dieser Stadt sich zum katholischen Glauben bekennt. (Im Jahre 1906 waren es unter 176 000 Einwohnern rund 52 000. Anm. d. Red.) Trotzdem befindet sich die katholische Bevölkerung daselbst in keiner beneidenswerten Lage und werden den Katholiken, wo nur irgend möglich, Schwierigkeiten in der Ausübung ihrer religiösen Ueberzeugung bereitet. Namentlich hat die katholische Bevölkerung unter dem Umstande sehr zu leiden, daß ihre Kinder, mehr als 6000 an der Zahl, gezwungen sind, die im protestantischen Geiste geleiteten öffentlichen Schulen zu besuchen, die Errichtung von katholischen Schulen ihnen aber verweigert wird.

Man braucht nur einen Blick in die Lehrbücher, namentlich in das Geschichtslesebuch dieser paritätischen Schulen zu tun, so wird man sich überzeugen können, in welch gewissenloser Weise man hier die Kinder zwingt, abfällige Urteile über ihren Glauben oder die Kirche, der sie angehören, zu lernen. Ja, es gibt viele Lehrer, denen es einen Spaß macht, gerade diese die katholischen Lehren und Kultusäußerungen herabsetzenden Stellen auswendig lernen und vor der ganzen Klasse hersagen zu lassen. Daß sich viele Lehrer auch sonst gehässiger und geradezu verleumderischer Bemerkungen über die katholische Kirche nicht enthalten, ist bei solcher Beschaffenheit behördlich anerkannter Lehrbücher nicht zu verwundern. Erlaubt sich aber einmal ein katholisches Kind, solche Bemerkungen auf ihre wahren Tatsachen zurückzuführen, so wird dasselbe mit einer Strafe bedacht, die das kindliche Ehrgefühl am schwersten zu verletzen geeignet ist.

Aehnlich wie im Punkte der Schule steht es mit der Behandlung der Katholiken in den Spitälern. Wir meinen hier nicht die Verpflegung und ärztliche Behandlung des Kranken, sondern die Rücksichtnahme auf seine religiösen Bedürfnisse. Der katholische Geistliche ist zum Beispiel im kantonalen Spital zu Zürich nur ein sehr ungern gesehener Besucher, der überhaupt nur zu den öffentlichen Besuchszeiten Zutritt erhält. Verlangt aber ein schwerkranker Katholik zu anderen Zeiten den religiösen Trost und die Hilfe seines Priesters, so hat er seine Bitte vergeblich getan, denn der Priester wird einfach nicht verständigt und falls er dennoch von diesem Wunsche Kenntnis erhält und in religiöser Pflichterfüllung herbeieilt, so wird er einfach fortgewiesen. So geschah es bereits des öfteren, daß in den Spitälern Zürichs Schwerkranke, die nach den letzten Tröstungen ihrer Religion verlangten, ohne dieselbe erhalten zu können, von dieser Welt scheiden mußten. Dies nur einige wenige Fälle über die Art und Weise, wie selbst in der so freiheitlich gesinnten Schweiz die religiöse Toleranz von den Protestanten geübt wird.

Bei Fortdauer der Hetze gegen die Enzyklika werden wir nicht ermangeln, auch aus anderen Ländern Beweise für die religiöse Unduldsamkeit gegen die katholische gläubige Bevölkerung seitens jener protestantischen Kreise vorzuführen, die das Wort „Toleranz" stets im Munde führen.

Politische Rundschau.

Dresden, den 15. Juli 1910.

— Dem **Reichstage** wird in seiner nächsten Session der Vorschlag zugehen, den Train in Regimentern statt wie bisher in Bataillonen zu organisieren.

— Dem Auswärtigen Amte in Berlin ist der Wortlaut des **russisch-japanischen Ostasienvertrages** von den Botschaftern der vertragschließenden Mächte zur Kenntnis gebracht worden.

— Auf das Huldigungstelegramm der **Maurergesellen-Brüderschaft Marienburgs** in Westpreußen, das diese anläßlich ihres 600jährigen Jubiläums an den Kaiser geschickt hatte, ist, dem „Lokalanz." zufolge, aus Bergen folgendes Telegramm des Kaisers eingetroffen: „Ich entbiete der Maurergesellen-Brüderschaft meinen landesväterlichen Gruß und aufrichtigen Wünsche zur seltenen Jubelfeier. Möge die Brüderschaft bis in die fernste Zukunft ihrem Gelöbnis treu bleiben zu eigenem und des Vaterlandes Segen."

— Bei der Abstimmung der **Zweiten badischen Kammer** über das Finanzgesetz haben die Sozialdemokraten für das Budget gestimmt. Der Abgeordnete Funke gab vor der Abstimmung folgende Erklärung ab: „Es läge nahe, durch Ablehnung des Finanzgesetzes dagegen zu protestieren, daß die völlige politische Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Staatsbürger noch immer nicht durchgeführt ist. Mit Rücksicht auf die besonderen politischen Verhältnisse verzichten meine Freunde jedoch auf eine solche Demonstration und werden für das Finanzgesetz stimmen." Das Finanzgesetz gelangte darauf einstimmig zur Annahme.

— **Eine markige Rede** hielt der Ehrenkommentator des protestantischen Johanniterordens bei der letzten Zusammenkunft der Ordensritter. Graf v. Zieten-Schwerin führte u. a. aus:

„Zwar hatte ich meinen Herrn und Heiland schon gefunden, als ich in den Orden aufgenommen wurde, denn wie hätte ich sonst das Ordensgelübde auf mich nehmen können? Aber durch die Ordenstätigkeit habe ich erst den Mut gefunden, meinen Herrn und Erlöser auch vor den Menschen zu bekennen, und das ist das Größte, was ein Christ gewinnen kann, denn er hat die Verheißung, daß der Herr auch zu ihm, vor seinem himmlischen Vater, sich bekennen will. Diesen Gewinn aus der Mitgliedschaft zum Johanniterorden wünsche ich Ihnen, meine lieben Herren Ritterbrüder, die sich hier im Rittersaale des alten Ordensschlosses versammelt, und allen, die über den ganzen Erdkreis zerstreut sind, von ganzem Herzen. Wir stehen in schwerer Zeit! Kampf ringsum! Am letzten Ende, auf seiten unserer Gegner, der Kampf gegen das biblische Christentum und gegen alle göttliche und menschliche Ordnung. Auch der Kreis, aus dem die Ordensritter sich ergänzen, der deutsche evangelische Adel, steht in großer Gefahr, durch die allgemeine Krankheit des Zeitgeistes vergiftet zu werden. Da heißt es, offene Augen zu haben, ein warmes Herz und einen starken Mut. Kann auch nicht jeder Edelmann Johanniterritter sein, so ist es doch seine gottgewollte Pflicht, die Fahne mit dem achtspitzigen Kreuze hoch zu halten und in seinem Hause und in seiner Umgebung den Geist zu pflegen und zum Durchbruch zu bringen, der aus dem Ordensgelübde spricht und der in den wenigen Worten seinen Ausdruck findet: Du sollst deinen Herrn und Erlöser vor den Menschen bekennen! — Liebe Ritterbrüder, ich bin ein alter Mann und kann für den Orden nicht mehr viel tun, aber das kann ich noch und werde ich bis zu meinem Lebensende tun: für den Orden und seinen durchlauchtigsten Herrenmeister beten, und daß auch Sie dies tun möchten, das ist mein herzliches Anliegen an Sie. Gott der Herr segne auch ferner den Johanniterorden und lasse viel Segen von ihm ausgehen. Das walte Gott!"

Katholiken, übertragt auch ihr diese schönen Worte in die Tat!

— **Der Deutsche Bauernbund** glaubt sich schon jetzt so stark, sämtliche Agrarier aus dem nächsten Reichstage hinauswählen. In einem Artikel seiner Korrespondenz über die Wahlaussichten erklärt er:

„Die eine Tatsache steht schon heute fest, keiner der großagrarischen Führer wird den nächsten Reichstag wiedersehen; sie werden alle zur Strecke gebracht werden ohne Ausnahme. Der Deutsche Bauernbund aber geht einer großen Zukunft entgegen, weil er neben den berechtigten wirtschaftlichen Interessen des Bauernstandes niemals die freiheitlichen Ideale eines vorwärtsstrebenden Kulturvolkes aus den Augen verlieren wird."

Solche Phrasen verdecken nur die innere Schwäche: zunächst wird der Generalsekretär des Bauernbundes, Dr. Böhme, der sein Wort gebrochen hat und im Reichstage für ein Ausnahmegesetz stimmte, obwohl er sich schriftlich verpflichtete, gegen jedes Ausnahmegesetz zu stimmen, aus dem Reichstage herausgewählt werden. Mit den anderen führenden Köpfen wird es ähnlich gehen. Aber diese Leute haben auch große Rosinen für Bayern im — Kopfe und schreiben:

„In Bayern haben wir die bestimmteste Aussicht, die Wahlkreise der Herren Hilpert, Hufnagel und Niederlöhner für Kandidaten des Deutschen Bauernbundes zu gewinnen, falls nicht der eine oder der andere der Herren zu seinem Heile noch rechtzeitig einsehen sollte, daß er an der Seite des Deutschen Bauernbundes und nicht an die des Bundes der Landwirte gehört. Wir werden im kommenden Winter aber auf Niederbayern unser Augenmerk richten. Der Anschluß des bisherigen bayrischen Bauernbundes an das Zentrum wird auf das schärfste von der dortigen Bauernschaft mißbilligt. Wir haben um so weniger Anlaß, den Besitz des Zentrums in Bayern zu respektieren, als es Dr. Heim in völliger Verkennung der ihm anvertrauten Bauerninteressen für notwendig erachtet hat, in wenig schöner Weise den Deutschen Bauernbund anzugreifen, im Reichstage selbst und auch außerhalb. Es sind nicht weniger als drei Mandate, die in Niederbayern in Frage kommen. Ebenso sind einige Mandate in Schwaben und in anderen Gegenden Bayerns zu gewinnen."

Das ist aufgelegter Schwindel. Die Niederbayern sind doch keine solchen Esel, daß sie einem Bauernbunde nachlaufen, der sich im Reichstage nachsagen lassen muß, daß er vom Hansabund unterstützt werde. Es mag bei den halbslawischen Masuren gelingen, Stimmen für einen solchen Bauernbund einzufangen. In Bayern geht das nicht, weil man dort nicht so rückständig ist. Zudem hat der Führer des bayrischen Bauernbundes, Abg. Eisenberger, auf dem großen Regensburger Bauerntage öffentlich er-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19100716/1